

## Schengen-Dublin-Abkommen und Freizügigkeit für Lohndrücker: Nein zur Repression und zum Lohndumping

Die Auseinandersetzung über das Paket der Personenfreizügigkeit und der begleitenden Massnahmen ist eine der wichtigsten der letzten Jahre in der Schweiz. Bereits vor der Abstimmung vom 25. September beeinflusst dieses Paket das politische Leben.

Am 1. April organisierten die Behörden eine Pressekonferenz, um ihre Bilanz der begleitenden Massnahmen zu den Bilateralen I vorzustellen. Sechs Monate vor der Abstimmung vom 25. September geht es darum, die Bevölkerung zu beruhigen.

Tatsächlich hat sich eine heilige Allianz gebildet. In trauter Verbundenheit haben Bundesrat Deiss, der Vizedirektor des Seco Nordmann, der Direktor des Schweizerischen Arbeitgeberverbandes Hasler und der geschäftsleitende Sekretär des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes Gaillard sich einmal mehr für die sogenannte Personenfreizügigkeit und die angeblich so wirksamen flankierenden Massnahmen eingesetzt.

Dieselbe „heilige Allianz“ hat sich auch im Vorfeld der Abstimmung über das Schengen-Dublin-Abkommen zusammengefunden. Ein Bündnis der institutionellen Linken (SP und Grüne Partei) und der „gemässigten“ Rechten (FDP und CVP) setzt sich für eine Verschärfung der polizeilichen Kontrollen im Rahmen des Schengen-Dublin-Abkommens ein. Selbstverständlich ist *economiesuisse*, der Dachverband des Schweizer Kapitals, mit dem Beitritt der Schweiz zum Schengen-Dublin-Abkommen hochzufrieden. Denn erstmals anerkennt ein internationaler Vertrag hoch offiziell das Schweizer Bankgeheimnis. Nicht die Banken sollen verstärkt kontrolliert werden, sondern die Menschen, die von ausserhalb Europas zu uns kommen wollen. Nicht die grossen, bisweilen kriminellen Geschäfte sollen geahndet werden, sondern die Grenzen der Festung Europa hochgezogen werden.

Wozu die „heilige Allianz“ für die Freizügigkeit zum Lohndumping dient, zeigt uns



Heilige Allianz oder ständige grosse Koalition für die Wettbewerbsfähigkeit des Schweizer Kapitals: Jean-Luc Nordmann (Vizedirektor des seco), Peter Hasler (Direktor des Schweizerischen Arbeitgeberverbandes, Joseph Deiss (Bundesrat CVP), Serge Gaillard (Geschäftsleitender Sekretär des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes) bei ihrer gemeinsamen Pressekonferenz am 1. April in Bern zur Vorstellung eines Berichts des seco.

SGB-Sekretär Serge Gaillard. Zusammen mit den Spitzen des SGB und der Unia fordert er die Lohnabhängigen auf, den flankierenden Massnahmen und dem guten Willen der Unternehmer zu vertrauen. Die Führung des SGB streut damit den Lohnabhängigen bewusst Sand in die Augen.

Der Schweizerische Arbeitgeberverband gibt eine andere Richtung vor. In seiner Zeitschrift „Schweizer Arbeitgeber“ (21. April) setzt er sich vehement für die europäische Richtlinie zur Liberalisierung der Dienstleistungen ein. Diese Richtlinie bedeutet ein Frontalangriff auf die Löhne und die Arbeitsbedingungen der Lohnabhängigen im Dienstleistungsbereich. Überall, nicht nur in der Schweiz, sondern in ganz Europa, stellen das Kapital und ihre Regierungen soziale Errungenschaften grundsätzlich in Frage (siehe die Interviews mit Mag WompeL und Léon Crémieux auf den folgenden Seiten). Und in einer solchen Situation will die Führung des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes und der Unia die Lohnabhängigen einschläfern und rät ihnen, dem vernünftigen

gen Sektor der Unternehmer zu vertrauen. WelcheR Lohnabhängige kann diesen Gewerkschaften und ihren Führungen noch vertrauen?

Die Gewerkschaft Unia scheint nicht einmal ihren eigenen Beteuerungen und ihrer Basis zu vertrauen. Am 15. April schrieb sie in einer Pressemitteilung: „Wenn der SBV [Schweizerischer Baumeisterverband] seine wenig verantwortungsvolle Trotzhaltung nicht recht bald überdenkt und ohne Vorbedingungen an den Verhandlungstisch zurückkehrt und somit der vertragslose Zustand ab September immer wahrscheinlicher wird, werden die in der Unia organisierten Bauarbeiter sich wohl massiv dafür einsetzen, dass die Unia ihre Haltung zur Personenfreizügigkeit noch einmal überdenkt.“

Machen wir Schluss mit dieser Politik:

- ★ **Nein zum Schengen-Dublin-Abkommen am 5. Juni.**
- ★ **Nein zur Freizügigkeit zum Lohndumping und zu ungenügenden Begleitmassnahmen am 25. September.**

# Die unsozialen Angriffe rot-grünen Regierung in Deutschland:

## „Wir brauchen Alltagswiderstand“

Interview mit Mag Wempel, Mitarbeiterin von [www.labournet.de](http://www.labournet.de)

Mag Wempel, Bochum, ist Industriesozio-  
login und freie Journalistin. Sie arbeitet  
seit 1998 als Redakteurin von LabourNet  
Germany. Das LabourNet ist ein Treff-  
punkt der gewerkschaftlichen Linken mit  
oder ohne Job, das nicht nur Gegeninfor-  
mation produziert und verbreitet, sondern  
auch Solidarität und Aktionen mit organi-  
siert – sei es mit Beschäftigten in Gross-  
und Kleinbetrieben, mit Arbeitslosen oder  
mit MigrantInnen.

*1998 kam in Deutschland nach 16 Jahren  
konservativer Regierung unter Helmut  
Kohl eine Koalition von Sozialdemokratie  
(SPD) und Grünen an die Macht. Diese  
Regierung wurde 2002 wieder gewählt,  
und danach kündigte Kanzler Gerhard  
Schröder mit der Agenda 2010 eine „Re-  
form“ von Arbeitsmarkt und sozialer Si-  
cherung an, deren Kernelemente nun  
umgesetzt werden, insbesondere die so  
genannten Hartz-Gesetze<sup>1</sup>. Welche Zwi-  
schenbilanz ziehst du von der 2. Amtszeit  
der rot-grünen Regierung?*

Hierauf ist beim besten Willen nur eine  
sehr zynische Antwort möglich: Deutsch-  
land ist wieder Export-Weltmeister ge-  
worden und dennoch konnte das Gerede  
vom zu teuren Standort in erneute Steuer-  
nachlässe für die Reichen und Subventio-  
nen für die Wirtschaft umgesetzt werden.  
Bezahlt wird dies von den immer direkter  
von der Verarmung bedrohten Massen der  
Bevölkerung und auf Kosten der nächsten  
Generationen, denn die für das Kapital  
geplünderten öffentlichen Kassen lassen  
Kindergärten wie Schulen verkommen und  
die öffentlichen Dienste – Bildung wie  
Gesundheit – ausbluten.

*Gerhard Schröder wurde auf Grund seiner  
engen Kontakte zu Unternehmerkreisen  
bereits vor der Wahl zum Kanzler als  
"Genosse der Bosse" bezeichnet. Wie hat  
sich denn das Verhältnis der Regierung  
zur Industrie entwickelt?*

Aus Genossenschaft wurde eine regelrech-  
te Freundschaft, denn aufgrund der oben  
geschilderten Geschenke hat die Regie-  
rung von fast allen Vertretern des Gross-  
kapitals beste Noten bekommen.

*Welche Haltung nimmt die Regierung denn  
in Bezug auf die gesetzlich garantierte  
Mitbestimmung der Beschäftigten und  
Gewerkschaften ein? Von gewissen Indust-  
rievertretern und Ökonomen wurde ja die  
Forderung laut, diese sei überholt und  
müsse abgeschafft werden...*

In dieser Frage spiegelt die Regierung fast  
vollständig die ambivalente Haltung der

Kapitalvertreter wieder. Alle Forderungen  
des Kapitals nach Deregulierung, Entrech-  
tung und staatlich unterstütztem Lohn-  
dumping – durch Personalservice-Agenturen  
als staatliche Sklavenhändler oder Arbeits-  
zwang in so genannte 1-Euro-Jobs für  
Langzeiterwerbslose zur langfristigen  
Substitution regulärer Jobs durch Workfare  
– wurden erfüllt. Das Selbstbewusstsein  
der Gewerkschaftsbürokratie wurde durch  
öffentliche Brückierung gebrochen und der  
bisherige Sozialpartner strampelt sich ab,  
um an den bisher gemeinsamen Tisch  
geladen zu werden. Der Flächentarif er-  
weist sich als flexibel genug und für die  
Grossunternehmen als die billigere Lösung  
gegenüber unberechenbaren betrieblichen  
Kämpfen, um ihn über die laufende Durch-  
löcherung hinaus gänzlich abschaffen zu  
wollen. Zudem dienen – zumindest in  
Grossbetrieben – Betriebsräte als Garanten  
für „sozialverträglichen“ und damit leisen  
Personalabbau. Sie stellen damit einen  
echten Wettbewerbsfaktor dar.

*Seit einem Jahr haben sich direkte Angriffe  
der Grossunternehmen gehäuft: Das  
Kapital droht mit Verlagerung oder Ar-  
beitsplatzabbau, wenn nicht die Löhne  
gesenkt und die Arbeitszeiten verlängert  
und flexibilisiert werden. Diese Angriffe  
sind auf Widerstand gestossen. Welche  
Lehren ziehst du aus den Kämpfen bei  
Daimler, Opel oder VW im letzten Jahr?*

### Die Gewerkschaftsbürokratie im Dienste des Kapitals

Dass die Gewerkschaftsbürokratie es in  
der Tat nicht wert ist, vollständig ausge-  
schaltet zu werden – aus der Sicht des  
Kapitals natürlich. Denn sie hat sich grosse  
Mühe gegeben, diese aufkeimenden Wi-  
derstände – wie bei Siemens oder VW –  
der Belegschaft und die tatsächlichen  
Arbeitskämpfe grosser Teile der Beschäftig-  
ten – wie bei Opel oder Daimler Unter-  
türkheim – zu stoppen und in sozialpart-  
nerschaftliche Verhandlungen zu kanali-  
sieren. Und sie hat es – wenn auch mit  
grosser Mühe und teilweise der Aufbie-  
tung allen disziplinarischen Instrumentari-  
ums – auch tatsächlich geschafft, autonome  
Aktion in geheime Verhandlungen,  
erneute Verzichtserklärungen und damit  
die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit  
zu verwandeln.

Andererseits zeigen die autonomen Ansät-  
ze der Basis und die Mühe der Gewerk-  
schaftsbürokratie damit, dass es ihnen  
immer schwerer fällt, ihre Existenz und

Macht und Verzichtspolitik zu begründen.  
Der diesjährige Kongress der Gewerk-  
schaftslinken hat gezeigt, dass mittlerweile  
nicht nur die Unterscheidung der Gewerk-  
schaftsbasis und der Gewerkschaftsbüro-  
kratie durchgängig ist, sondern auch die  
Erkenntnis, dass letztere keinesfalls zu  
wenig tut, sondern uns vielmehr sehr aktiv  
in den Rücken fällt. Wenn die Gewerk-  
schaftsfunktionäre keine Solidarität orga-  
nisieren, keinen Streik wie in Bochum<sup>2</sup>  
finanzieren und v.a. nichts für die Verbrei-  
tung und Vernetzung dieser Kämpfe tun,  
sollten wir es endlich selbst in die Hand  
nehmen – so können die ersten ernsthaften  
Überlegungen zusammen gefasst werden.

*Welche Rolle spielen die Gewerkschaften  
bei der Umsetzung der Agenda 2010 und  
der „Reform“ des Arbeitsmarkts? Thilo  
Knott schreibt in der taz<sup>3</sup> vom 11.2.2005:  
„Die Gewerkschaften könnten die Refor-  
mer des Jahres werden“ ... und entschei-  
dend dazu beitragen, dass die Regierung  
Schröder in den Bundestagswahlen 2006  
noch einmal den Sieg davon trägt...*

Ein nettes Zitat, es kann aber auch nur  
bedeuten, dass die taz diese seit Jahren von  
den Linken in den Gewerkschaften beklag-  
te Ausrichtung jetzt erst bemerkt – und im  
Übrigen begrüsst.

Die Situation ist aber nicht zum Lachen,  
denn die Gewerkschaftsspitzen haben  
finanziell und aktiv dazu beigetragen, dass  
die vermeintliche Notwendigkeit von  
Reformen (die immer nur mit Deregulie-  
rung, Flexibilisierung und Sparzwängen  
übersetzt werden) geradezu Hegemonial-  
macht besitzt. Nicht nur wurde versäumt,  
den Lügen des Kapitals und der Politik  
offensive Forderungen entgegenzustellen,  
so z.B. zum Abbau des repressiven Cha-  
racters des so genannten Sozialstaats oder  
zur echten paritätischen Finanzierung der  
sozialen Sicherungssysteme, geschweige  
ihrer vollständigen Finanzierung durch  
ihre alleinigen Verursacher und Nutznie-  
ser zugleich. Diese „Versäumnisse“ kön-  
nen gut als politische Absicht interpretiert  
werden, wenn man die tatsächliche Arbeit  
der Funktionäre betrachtet. ...

Es geht darum, sich als verantwortlicher  
Sozialpartner von Politik und Kapital zu  
empfehlen, denn die Betroffenen dieser  
Politik werden gar nicht als die Zielgruppe  
der Gewerkschaftsarbeit betrachtet.

*Welche Formen von Widerstand gibt es  
gegen diese Entwicklungen? Was ist die  
Hauptaufgabe von engagierten linken  
Kräften in Deutschland?*

Als die grösste Klippe für wirksame einheitliche Proteste und den Widerstand gegen die Hartz-Gesetze hat sich die breite Akzeptanz des Leistungsprinzips und der Lohnabhängigkeit als einziger Quelle der Existenzsicherung erwiesen. Dies gilt für die Gewerkschaftsbürokratie gleichermaßen wie für die meisten der (noch) beschäftigten wie erwerbslosen Lohnabhängigen selbst. Das Argument vieler halbherziger Hartz-Kritiker schlägt uns nun mit voller Wucht zurück ins Gesicht: „Hartz-Gesetze schaffen keine Arbeitsplätze“. Und ob sie Arbeitsplätze schaffen! Erstens menschenunwürdige, repressive, dafür aber „moderne“ Arbeitsdienste in Form von erzwungenen und entrechteten sowie nur angeblich „zusätzlichen“ 1-Euro-Jobs in rauen Mengen. Und zweitens schaffen sie „reguläre“ Arbeitsplätze ab. Von den Arbeitsplätzen der Fallmanager, Kontrolleure und Sozialschneffler einmal abgesehen...

Die Mischung aus der angeblichen Alternativlosigkeit der Lohnabhängigkeit und der Angst vor Hartz IV lässt die Belegschaften weitere Verzichte an Lohn wie Arbeitsbedingungen hinnehmen, anstatt die erkämpften Standards zugunsten aller Lohnabhängigen hochzuhalten. Und es ist zu befürchten, dass die meisten Erwerbstätigen sich nicht gegen den Zwang zum Lohndumping durch 1-Euro-Jobs wehren werden, in der Hoffnung, in einen festeren Job übernommen zu werden. Es ist daher schwierig, die dringend notwendige aktive Solidarität aller Lohnabhängigen zu erreichen. Denn das zweite, mit der angeblichen Alternativlosigkeit der Lohnabhängigkeit zusammenhängende Hemmnis für einen wirkungsvollen, einheitlichen Widerstand ist die Angst, die sich in der Bevölkerung ausbreitet. Angst, den Arbeitsplatz zu verlieren oder Angst, keinen Arbeitsplatz zu finden. Immer öfter blanke Existenzangst.

### **Direkter Widerstand und Selbstorganisation statt Stellvertreterpolitik**

Dabei standen und stehen die Chancen für einen breiten sozialen Widerstand auf den ersten Blick gar nicht so schlecht. Positiv wirkt sich erstens die um sich greifende Desillusionierung über Stellvertreterpolitik aus, bezogen auf sozialpartnerschaftliche Lösungen sowie die Möglichkeiten zur Delegation unserer Interessen an Parteien oder Gewerkschaften und Betriebsräte. Ob Löhne, Arbeitsbedingungen, Erwerbslosigkeit, Rente oder Gesundheit: Wir können unsere Interessenvertretung an niemanden zuverlässig delegieren. Kein Stellvertreter weit und breit, der das für uns, zu unserer Zufriedenheit regeln kann. Für uns folgt daraus, dass wir uns auf einen langen und schwierigen Kampf einzustellen haben, der mit keiner noch so grossen Demonstration allein ausgefochten

und keiner Interessensvertretung überlassen werden kann. Daraus folgte für mich und viele andere aus der bundesweiten Koordinierung der Anti-Hartz-Gruppen, weiterhin auf dezentrale aber bundesweit abgesprochene Aktionstage zu setzen.

Die bisher bereits stattgefundenen Aktionstage haben mehrere Vorteile aufgezeigt. Erstens trugen sie zur Bildung regionaler Strukturen bei, die für langfristige Aktivitäten unabdingbar sind, ob sie sich Anti-Hartz-Gruppe, AG Soziale Grundrechte oder Sozialforum nennen. Zweitens sind sie eher geeignet, Gruppen der Bevölkerung zu erreichen und aufzuklären, die bisher die geplanten Gesetze unterschätzt haben oder wütend, aber passiv blieben. Und drittens ermöglichen dezentrale Aktionstage am ehesten einen Aktionsmix, der es allen Interessierten erlaubt, ohne grossen Aufwand dort zu protestieren, wo sie alltäglich betroffen sind (am Arbeitsplatz, in der Schule/Uni und in den Behörden) und wie es ihrem Organisationsgrad und Mut entgegen kommt. Denn wir brauchen keine kurzfristigen Proteste, sondern Alltagswiderstand und -verweigerung.

Letztendlich geht es vor allem darum, jedes einzelne Individuum einerseits in dessen von Verwertungskriterien unabhängigen Rechten zu bestärken und andererseits an die gesellschaftliche Verantwortung im Alltag zu erinnern, um dezentrale aber kollektive Formen des Alltagswiderstands und der Alltagsolidarität – in breiten Bündnissen aus Gewerkschaftslinken, sozialen und Friedensbewegungen, Erwerbslosenorganisationen – aufzubauen.

*Nun wurde ja in den letzten Monaten aus Protest gegen die Politik der Regierung Schröder eine neue Partei gegründet, die Wahlalternative Arbeit & Soziale Gerechtigkeit (WASG), die sich der Wählerschaft als linke Alternative zu den etablierten Parteien anbieten will. Was hältst du davon?*

### **Eine bessere SPD ist keine Alternative zur Koalition des Sozialabbaus**

Ich halte nichts von Parteien im Sinne des Stellvertretungsmodells, weil ich auf direkte Beteiligung aller Betroffenen setze. Das sehen allerdings nicht alle AktivistInnen der Gewerkschaftslinken so, und viele von ihnen sind in der WASG organisiert, so wie sie früher in der SPD oder PDS waren. Diese KollegInnen setzen auf die Notwendigkeit einer parlamentarischen Alternative und Opposition. Doch gerade in dieser Hinsicht bin ich skeptisch, denn das Programm einer „besseren, programmatisch treuen SPD“ stellt in meinen Augen keine wirkliche Alternative zu der bisherigen breiten Koalition des Sozialabbaus dar. Dies haben auch die Erfahrungen mit den bisherigen Regierungsbeteiligun-

gen der PDS gezeigt... Und auch wenn bei vielen WählerInnen jenseits der SPD die Forderung nach „Arbeit für alle“ grossen Anklang finden dürfte, setzt der dabei geforderte Neo-Keynesianismus auf eine nicht wieder herstellbare ökonomische und politische Gemengelage. Programmatisch stelle ich deshalb der WASG keine politische Zukunftsfähigkeit aus, und strategisch werden sich die beiden pseudo-linken Parteien WASG und PDS gegenseitig die Stimmen derjenigen Menschen teilen, die zwar die Zumutungen des Neoliberalismus schwächen, aber nicht über den Kapitalismus hinausweisen wollen.

*Welche Bedeutung misst du der EU-Verfassung bei? Siehst du hier konkrete Möglichkeiten einer "Vereinigung der europäischen Linken"?*

Die EU-Verfassung ist in meinen Augen der Beweis, dass das Projekt EU ein Konzept der militärischen, sozialen und wirtschaftlichen Kriege des Kapitals darstellt, dessen Mittel Abschottung, Konkurrenz, Entrechtung und Verarmung sind. Leider spielt die EU-Verfassung bei der deutschen Linken eine untergeordnete Rolle, sei es aus Nichtwissen, sei es aus Ignoranz gegenüber Gesetzen. Und dort, wo der Widerstand gefordert und organisiert wird, wird leider zu häufig die nationale Orientierung durch eine europäische ersetzt. Wollen wir aber wirtschaftliche Standortkämpfe und Konkurrenzen auf betrieblicher, regionaler oder nationaler Ebene nicht durch solche Europas gegen den Rest der Welt ersetzen, müssen wir unbedingt globalisierte Menschenrechte und eine globalisierte Linke anstreben wollen.

*Interview: Peter Streckeisen*

<sup>1</sup> Es handelt sich um vier Gesetze, die auf eine Flexibilisierung des Arbeitsmarkts und eine Verschärfung des Drucks auf die Arbeitslosen abzielen. Diese Gesetze tragen den Namen von VW-Personalchef Peter Hartz, den Kanzler Schröder im Wahlkampf 2002 mit der Leitung einer Kommission beauftragt hatte, die Vorschläge zur „Reform“ des deutschen Arbeitsmarkts präsentieren sollte. Hartz IV schränkt den Anspruch auf Arbeitslosengeld ein und senkt die Beiträge für Langzeitarbeitslose auf das Niveau der Sozialhilfe. Dagegen hat sich im letzten Jahr eine breite Welle des Protests entwickelt. Dennoch wurde das Gesetz am 1. 1. 2005 in Kraft gesetzt. (Red.)

<sup>2</sup> Die Belegschaft des Opel-Werks in Bochum führte im Oktober 2004 einen spontanen Streik gegen die Pläne von General Motors durch, in Europa etwa 12'000 Arbeitsplätze zu streichen, davon 10'000 bei Opel. Dieser Streik wurde von der IG Metall nur dem Schein nach unterstützt und so schnell wie möglich abgebrochen. So war es auch nicht möglich, eine schlagkräftige koordinierte Aktion mit den Belegschaften der anderen Opel/GM-Werke, insbesondere am Opel-Hauptstütz in Rüsselsheim, durchzuführen. (Red.)

<sup>3</sup> Die taz ist eine in Berlin herausgegebene Tageszeitung mit „progressiv-modernem“ Selbstverständnis, die der rot-grünen Regierung nahe steht. (Red.)

# „Das Referendum drückt die grosse, soziale Unzufriedenheit aus...“

**Interview mit Léon Crémieux, Mitglied der Leitung der LCR, über den Widerstand in Frankreich**

Was ist der politische und soziale Kontext des Referendums über den europäischen Verfassungsvertrag vom 29. Mai in Frankreich? Darüber unterhielt sich *La brèche* (Monatszeitung der MPS-BFS) mit Léon Crémieux, Mitglied der nationalen Leitung der Ligue Communiste Révolutionnaire (LCR).

*Die Auseinandersetzung in Frankreich über die europäische Verfassung hat eine grosse Tragweite. Die Umfragen, bei denen das Nein überwiegt, häufen sich Was drückt sich bei diesem Referendum vom 29. Mai aus?*

Bei diesem Referendum drückt sich auf der Wahlebene eine grosse soziale Unzufriedenheit aus, die sich in Frankreich seit Jahren bemerkbar macht. Daher ist nicht erstaunlich, dass sowohl die rechten als auch linken Regierungen niemals darauf verzichtet haben, ihre sozial rückschrittlichen Massnahmen mit der Europäischen Union in Verbindung zu bringen. Aber das ist eine Realität, die nicht nur von der Rechten, sondern auch von der Führung des PS (sozialdemokratische Partei) unter Hollande weit unterschätzt wurde.

*Seit Anfang Jahr folgten mehrere soziale Kämpfe aufeinander (für die Verteidigung der 35h-Woche, für Lohnerhöhungen, die Bewegung der SchülerInnen). Haben diese Bewegungen eine andere Tragweite als jene zur Verteidigung der Altersrenten, der sozialen Sicherheit (Krankenversicherung) und gegen die Privatisierung der EDF-GDF (ehemals staatliches Energieunternehmen), die 2003 und 2004 in Misserfolge mündeten?*

Diese Kämpfe sind seit zwei Jahren zahlreich, bleiben aber vereinzelt. Gewiss war die Mobilisierung vom 10. März für die Anpassung der Löhne sehr umfangreich, die gemeinsam von den verschiedenen Sektoren im öffentlichen Dienst und bei den Privatunternehmen getragen wurde. Die Frage der Löhne gewinnt zusehends an Bedeutung, aber nicht nur wegen ihrer Blockierung. Die Schläge der Regierungen gegen die Altersrenten und die soziale Sicherheit vermindern die kollektiven Rechte und erhöhen die individuellen Lasten. Ohne die Zunahme der lokalen Steuern zu vergessen.

Die aktuellen Streiks im privaten Sektor oder die Mobilisierung der GymnasiastInnen, ebenso der Kampf der ForscherInnen oder die Mobilisierung der Lohnabhängigen der EDF-GDF 2004 sind Bewegungen, die auf eine riesige Popularität stossen. Die Lohnabhängigen spüren, dass sie eine Antwort auf eine allgemeine Politik sind, die zu ihren Lasten vorangetrieben wird. Aber gleichzeitig haben die Gewerkschaftsleitungen darauf geachtet, dass der nationale Streiktag vom 10. März nicht ausgeweitet wurde, obwohl die Bewegung anwuchs. Dieser Entscheid diente dazu, die Situation im Hinblick auf die Referendumsabstimmung zu beruhigen.

*Trotz diesen Protestbewegungen setzte die Regierung Raffarin all ihre Projekte durch. Sie machte einige kleine Zugeständnisse, um einem Teil der Opposition den Wind aus den Segeln zu nehmen. Verfolgt sie diesen Weg weiter?*

Zur Zeit hat sie ein wenig Angst, frontale Massnahmen zu ergreifen, die eine Ablehnung der Verfassung begünstigen könnten. Das erklärt ihre Konzession bei den Löhnen der Beamten: eine zusätzliche Erhöhung um 0,9% im 2005, die im Verhältnis zu den Forderungen lächerlich ist. Das ist zwar eine Wende, aber sie konjunkturrell. Im Grunde genommen gibt es keine Änderung. Bei der 35h-Woche, beim Arbeitsgesetz, den Privatisierung gibt es keine Pause und die Regierung setzt ihren Kurs fort.

*Geht die von der Basis gegen die Position der Leitung um Bernard Thibault durchgesetzte Stellungnahme der Gewerkschaft CGT für ein Nein mit einer allgemeinen Debatte über die gewerkschaftliche Orientierung einher?*

Die Abstimmung in der CGT ist nicht nur Ergebnis der Debatte über die europäische Verfassung. Die Frage des Referendums hat die Unzufriedenheit kristallisiert und zwar gegenüber der Art und Weise wie die Führung der Gewerkschaft in den letzten beiden Jahren mit den Themen der Altersrenten, der sozialen Sicherheit und der Privatisierung der EDF-GDF, die sie letztlich akzeptiert hat, umgegangen ist. Aber wir können auch nicht sagen, dass es in der CGT eine strukturierte, landesweite Opposition gibt, die über die

Netze der linken AktivistInnen hinausgeht und eine Alternative zur Orientierung der Führung um Thibault darstellen würde. Das Nein zur Verfassung ist ein historisches Ereignis. Es war das erste Mal, das die nationale Leitung der Gewerkschaft bei einem wichtigen Thema in die Minderheit versetzt wurde.

*Die Spaltungen in der Sozialistischen Partei sind stark. Bedeuten sie mehr als nur unterschiedliche Strategien, um die Führung der Partei zu erobern und Dominanz über die „plurale Linke“ fortzusetzen?*

Ja. Das Engagement von Fabius für das Nein entspringt deutlich einem bürokratischen Manöver im Kampf um die Kontrolle der PS. Hingegen sind die traditionellen Oppositionsströmungen der PS stark in der Kampagne für das Nein engagiert. Wir finden sie in den einheitlichen Basiskollektiven wieder. Im Fall eines Siegs des Nein werden sie in der Lage sein, ihren Platz in der PS neu zu gewichten. Allerdings wird das nicht unbedingt in eine Dynamik für eine andere Strategie münden. Aber selbstverständlich kann ein solcher Sieg eine politische Krise auslösen, die über die üblichen Manöver der Strömungen hinausgeht.

*Nach den regionalen und europäischen Wahlen vom 29. Mai eine zusätzliche Abstrafung für die Regierung Raffarin bedeuten? Wird sich diese Debatte im Hinblick auf die sozialen und politischen Konsequenzen dieser Abstrafungen weiterentwickeln?*

Kaum. Ich habe von der Position der Linken der PS gesprochen. Auf der Seite der radikalen Linken laufen die Bemühungen, eine alternative, antikapitalistische Kraft aufzubauen zurzeit ins Leere. Die LCR hat bereits mehrfach Initiativen in diese Richtung gestartet. Aber die organisierten und interessierten Partner sind schwach. Und uns alleine gelingt es nicht, eine Dynamik zur Sammlung auf politischer Ebene in Gang zu bringen. Das Bedürfnis für eine politische Alternative ist bei jenen, die sich in den letzten Jahren stark in den Bewegungen engagiert haben, sehr breit vorhanden. Dennoch gibt derzeit keine organisatorische Konkretisierung.



- Ich möchte **in Bewegung** gegen eine Spende abonnieren.
- Ich möchte Informationen der Bewegung für Sozialismus zugeschickt erhalten.

Vorname ..... Name .....

Strasse .....

PLZ, Ort .....

Tel. .... E-mail .....

Einsenden an: BFS, Postfach 129, 3000 Bern 23 oder bfs-be@bluewin.ch

## Spendenaufruf

Unsere Aktivitäten und die Herausgabe von **in Bewegung** kosten Geld. Darum bitten wir Sie/Euch, unsere Arbeiten mit einer Spende zu unterstützen.

**Bitte Spenden auf: BFS Bern, PC 30-702301-8.**